



Foto: Bundesarchiv, United States Department of Energy/wikimedia.org/public domain

Bild oben: Die Operation Upshot-Knothole war die neunte amerikanische Kernwaffentestserie. Sie fand 1953 auf der Nevada Test Site statt. Insgesamt wurden elf Bomben getestet, davon wurden sieben auf Türmen gezündet, drei von Flugzeugen abgeworfen und bei einem Test wurde eine nukleare Artilleriegranate (Wg) getestet (Atomkanone rechts im Bild)

Schon Adenauer griff nach Atomwaffen

Bis heute lagern Atomwaffen in Büchel

Am 23. Oktober 1954 trat die Bundesrepublik Deutschland der 1949 gegründeten NATO bei. Damit wurde es dem westdeutschen Staate wieder erlaubt eine eigene Armee aufzubauen. Am 5. Mai 1955 wurde die Bundeswehr offiziell gegründet. Der Bundesrepublik kam im Ver-

direkt zur Atommacht – und ist es bis heute geblieben, obwohl sie 1969 dem Atomwaffensperrvertrag beitrug und damit auf den Besitz eigener Kernwaffen verzichtete. 1958 wurden die ersten US-Atomraketen vom Typ „Matador“ nach Deutschland geliefert, um sie von einer neuen Einheit testen zu lassen.

wisheit, ob der Angreifer Atomwaffen einsetzt oder nicht, sie weit auseinander streuen muss.“

In Westdeutschland gab es damals erhebliche Kritik und Proteste gegen die Stationierung der Kernwaffen. In einem Interview von 1957 verharmloste Bundeskanzler Adenauer die Atombewaffnung als „Weiterentwicklung der Artillerie“. Er forderte auch für die Bundeswehr, „dass unsere Truppen auch in der normalen Bewaffnung die neueste Entwicklung mitmachen.“ Dagegen protestierten 18 namhafte Wissenschaftler (darunter die Nobelpreisträger Otto Hahn, Max Born und Werner Heisenberg) im „Göttinger Appell“ gegen die Atomwaffen und eine Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen. Die Wissenschaftler setzten sich ausdrücklich für die friedliche Verwendung der Atomenergie ein.

In der Bundesrepublik bildete sich in jener Zeit zudem ein Bündnis aus Gewerkschaften, SPD (die sich später zurückzog), FDP und anderen Parteien, die – wie viele Friedensorganisationen – mit der Parole „Kampf dem Atomtod“ zum Widerstand aufrufen. Doch weder die breite Ablehnung, noch die von den Kirchen, den Gewerkschaften und der SPD mitgetragenen großen Massendemonstrationen im Jahr 1958 vermochten einen Aufrüstungsbeschluss des Bundestages am 25. März 1958 zu verhindern oder rückgängig zu machen. Am 17. April 1958 fanden Demonstrationen in Bremen, Kiel, München, Mannheim, Dortmund, Essen und Hamburg statt.

Bis heute liegt ein Teil der atomaren Sprengköpfe, gemeinsam bewacht von Bundeswehrsoldaten und US-Amerikanern, in Deutschland.

Der Abzug dieser Atom Sprengköpfe ist noch immer eine Forderung der Friedensbewegung.

Heute gibt es in Deutschland wahrscheinlich nur noch einen Stützpunkt, an dem Kernwaffen der USA stationiert sind. Der Fliegerhorst Büchel beherbergt derzeit noch etwa 20 amerikanische Atomwaffen. Harald Neuber machte am 22.9.2015 auf „Teleopolis“ darauf aufmerksam, dass diese modernisiert werden sollen. Der Bundestag hatte die Regierung Anfang 2010 jedoch aufgefordert, die Atomwaffen aus Büchel entfernen zu lassen, ein ähnlicher Passus fand sich im schwarz-gelben Koalitionsvertrag 2009.

Und die deutsche Luftwaffe bildet hier im Rahmen der innerhalb der NATO vereinbarten nuklearen Teilhabe nach wie vor Jagdbomberpiloten für den Einsatz dieser Massenvernichtungswaffe aus.



Foto: Bundesarchiv, Bild 183-49306-0003 / CC-BY-SA 3.0



Foto: bundesarchiv.de/Bild 183-49306-0003 / CC-BY-SA 3.0/File: Büchel Fliegerhorst.jpg

Bild ganz oben: SPD-Plakat zur Bundestagswahl am 15. September 1957

Bild oben: Fliegerhorst Büchel

Bild unten: Büchel, Triebwerke eines Mehrzweckkampfflugzeugs vom Typ Tornado, das Atombomben tragen kann.



Foto: Neuwieser/wikimedia.org/CC-BY-SA 2.0/File: Fliegerhorst Büchel - Tornado rear view.jpg

Bild unten: Protestaktion vor dem Stützpunkt in Büchel (2008)



Foto: Buroll/wikimedia.org/public domain



Foto: Bundesarchiv, B 145 Bild-Foto10324-0002 / Steiner, Egon / CC-BY-SA

Frankreichs Präsident de Gaulle und Adenauer bei einem Treffen 1961: Auch de Gaulle war kein Freund einer (west-)deutschen Verfügungsgewalt über Kernwaffen ...

bund der NATO eine besondere Rolle zu. Im Falle eines Krieges – das war allen Beteiligten in West wie Ost bewusst – würde das geteilte Deutschland wohl im Brennpunkt stehen. Hier könnte sich der Konflikt entzünden und hier würde er zuallererst ausgetragen werden. Mit Atomwaffen. Seit 1954 galt die NATO-Doktrin der „Massiven Vergeltung“: Falls der Westen einem konventionellen Angriff nicht standhielte, wollte man sofort atomar zurückschlagen.

1957 standen in Europa rund zwei Millionen Soldaten auf der Seite der NATO etwa 4,7 Millionen auf der Seite der Warschauer-Vertrags-Staaten gegenüber. Das Atom-Monopol hatte der Westen da längst verloren. 1957 bewies die Sowjetunion mit den Starts von Sputnik 1 und Sputnik 2 zudem, dass sie über Trägerraketen verfügte, die in Falle eines Krieges die US-amerikanischen Städte erreichen konnten.

Auf der Pariser NATO-Konferenz im Dezember 1957 kam es – wie von Adenauer gewünscht – nicht nur zu einer engeren Abstimmung der Außenpolitik der NATO-Staaten. Man beschloss zudem in Europa Mittelstreckenraketen und Depots von Atomsprengköpfen zu stationieren. Diese Waffen sollten nach Freigabe durch den US-Präsidenten vom NATO-Oberbefehlshaber eingesetzt werden. Als Mitglied der NATO wurde die Bundesrepublik in-

Sie blieben allerdings unter der Verfügungsgewalt der USA.

Adenauer und auch sein Verteidigungsminister Franz Josef Strauß (der hatte am 16. Oktober 1956 das Amt übernommen) wollten die Bombe. Bundeskanzler Konrad Adenauer hatte von den USA den alleinigen Zugriff zu Atomsprengköpfen verlangt, die geeignet waren zum Abschuss durch Artillerie mit einer Reichweite von 15 bis 20 Kilometern. Diese Option versuchte die Adenauerregierung im Rahmen der Wiederbewaffnung der BRD durchzusetzen. Das gelang nicht. Die Alliierten und vor allem die USA verweigerten dies. Strauß machte sich für die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland stark, träumte von eigenen deutschen Atombomben und forderte eine Teilhabe der Bundeswehr am US-Nukleararsenal. Im März 1958 erklärte er im Bundestag: „Der Zweck jeder modernen Bewaffnung dient nicht dazu, diese Bewaffnung anzuwenden. Wenn der Angreifer über Atomwaffen verfügt, ohne sie anzuwenden, und er steht einem Verteidiger gegenüber, der sie nicht hat, deshalb sie nicht anwenden könnte, ist der Angreifer alleine mit seinen konventionellen Mitteln deshalb in einer erdrückenden Überlegenheit, weil der Angreifer auf engstem Raume dichte Truppenmassen konzentrieren kann, während der Verteidiger, in der Unge-